

Karl-Heinz Lather, General a.D.

„Der Kriegsdienstleister – Militärische, völkerrechtliche und ethische Folgen des Einsatzes privater Militärfirmen“

Statement aus militärischer Sicht beim zebis – Seminar am 09.12.2010 im Collegium Albertinum, Bonn

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kameraden!

Vor einigen Wochen beschäftigte sich ein erstes zebis – Seminar hier im Albertinum mit dem sensiblen, kritischen und umstrittenen Thema „Targeted Killing“. Das war eine hochspannende und sehr aktuelle Veranstaltung. Heute, nicht minder aktuell, geht es um private Militärfirmen, um Kriegsdienstleister, wie der Flyer es ausdrückt. Frau Dr. Bock hat mich gebeten, aus militärischer Sicht einzuleiten. Ich will das gerne tun und beziehe mich dabei auf meine Erfahrungen im Zusammenhang mit Bundeswehr- und NATO-Einsätzen in den beiden letzten Jahrzehnten.

Zur Eingrenzung: Ich spreche über private, manchmal halbstaatliche **Sicherheitsfirmen**, Private Security Companies (PSCs) und nicht von privaten **Militärfirmen**, die ihre Dienste, oft illegal, meistbietend in Form von Söldnerdienstleistungen anbieten. Ein weiterer wichtiger Punkt zum besseren Verständnis: Viele Staaten, das wird besonders deutlich in Afghanistan, nehmen die Dienste solcher PSCs in Anspruch, vor allem bei der Bewachung von Liegenschaften, Camps und Convoys, hier als Transportsicherung.

Unsere Diskussion heute geht sicher auch auf das Fehlverhalten von Blackwater, heute XeServices, bzw. deren Mitarbeitern im Irak und in Zusammenarbeit mit dem US-Streitkräften dort zurück, aber auch auf Präsident Karzais Präsidial-Erlass Nummer 64 vom September 2010, der die Auflösung oder Schließung der derzeit in seinem Lande, Afghanistan tätigen PSCs, dabei die illegalen innerhalb von 4 Monaten anordnet.

Zu Blackwater habe ich wie Sie wohl auch nur eine Außensicht. Ich habe die Firma in Afghanistan agieren sehen und bin kein Freund ihres bullyhaften, aggressiven Auftretens. Strammes Drohverhalten, starke persönliche Bewaffnung, in kleinen Kampfeinheiten, mit ~~Sonnenbrille~~, Flak-Jackett und Ray Ban Sonnenbrille, dazu ein gepanzerter Off Road SUV, so kommen die meist Herren daher. Zweck der Übung: Abschreckung pur. Respekt vor anderen Kulturen eher Fehlanzeige. Das ist die eher negative Seite der Medaille. Die andere ist ebenso wichtig: Die Männer (Frauen) schützen professionell ihr Objekt, die VIP(s), das Camp, die Botschaft, das logistische Lager oder den Nachschub-Convoy, auch den afghanischen Präsidenten, dessen Dekret ich eingangs benannt habe. Warum ist das so?

Mir scheint eine wesentliche Antwort zu sein, dass es zu wenig Militär und zu wenig Polizei gibt, um diese Sicherheitsaufgaben zu übernehmen. Falls vorhanden, sind diese Sicherheitskräfte mangelhaft ausgebildet, wenig zuverlässig oder korrupt, und schlecht bewaffnet. Und wo sie zu stark werden, die Sicherheitslücke quasi schließen, dort, wo die Vertragsbedingungen und die Rechtsnormen unklar formuliert sind, in diesem Umfeld von rechtsfreien Räumen können Subkulturen entstehen, die weder in unserem Interesse noch im Interesse des Staates sind, dessen Aufbau wir unterstützen. Oft stimmen sie in solchen Fällen auch nicht mit unseren Werten und Normen überein.

Laut Spiegel online 46/2010 hat XeServices nun in freiwilliger Selbstverpflichtung als eine von 60 unterzeichneten Sicherheitsfirmen sich strengere Regeln für das Verhalten in Krisenregionen auferlegt. Das ist zu begrüßen.

Nehmen wir als Beispiel Afghanistan und einige Fakten zur Kenntnis. Dort sind zur Zeit rund 150 private Sicherheitsfirmen tätig. Sie verfügen über ca. 26.000 Mitarbeiter und besitzen ca. 25.000 Waffen. 26 dieser PSCs sind nicht afghanischen Ursprungs. 10 von ihnen kommen aus den USA, 13 aus Großbritannien, 1 aus Australien, 1 aus der Türkei und 1 aus Afrika. Diese PSCs beschäftigen fast 17.000 Afghanen. Sie sind also ein Faktor auf dem Arbeitsmarkt. Lediglich 4.000 Ausländer und 18.000 Waffen sind registriert. Die afghanische Regierung und ISAF betrachten 59 der 150 PSCs als illegale, bewaffnete Gruppen (Illegal Armed Groups). Wegen des hohen Bedarfes an Sicherheit und Bewachung, beides der Bedrohungslage geschuldet, sind viele Sicherheitsexperten zögerlich, alle PSCs radikal zu verbieten. Die entstehende

Sicherheitslücke wäre kaum zu schließen. Die ANP, die afghanische Polizei, denkt jedoch über ein Taskil, einen eigenen Stellenplan für Convoybegleit- und Eskortierdienste nach.

Wenn jetzt zunächst die illegalen, bewaffneten Gruppen aufgelöst werden, dann kommt dies einem Nachholen oder partiellen Wiederholen des DIAG-Prozesses in der Mitte des letzten Jahrzehntes gleich. Letztlich aber geht es um die Wahrnehmung und Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, wie es nach unserem Staatsverständnis originäre Aufgabe der staatliche Exekutive ist. Registrierung und Zertifizierung der PSCs durch die afghanischen Behörden ist daneben das Ziel der Bemühungen.

Meine Damen und Herren,

am Beispiel ISAF läßt sich auch exemplarisch verdeutlichen, wohin die Entwicklung mit den PSCs gehen könnte, da wir wohl auch in künftigen Konflikten anfänglich mit dem Faktum zu geringer staatlicher Sicherheitskräfte zu rechnen haben werden.

Das Mol, das Innenministerium hat den Auftrag, die genannte^u PSCs aufzulösen. Dazu existiert ein 3-Phasen-Plan. ISAF wird die Regierung unterstützen, aber PSCs für Schutz und Bewachung fester Infrastruktur, des diplomatischen Dienste und von bestimmten Entwicklungsprojekten unter Vertrag halte, bis die ANSF, die ANP und ANA_u ausreichende eigene, zuverlässige Fähigkeiten entwickelt haben. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von ISAF und GIROA entwickelt die dazu gehörigen Pläne. Das Ziel aller Anstrengungen muss sein: Alle Verträge mit nicht lizenzierten Sicherheitsfirmen werden sofort beendet. Neue Verträge werden nur mit lizenzierten und zertifizierten Firmen geschlossen. Am Ende des Prozesses ist dann, hoffentlich, volle Transparenz über alle Vertragsnehmer entstanden (contractor^s and all sub-contractors).

Lassen Sie mich aus militärischer Sicht zusammenfassen:

- PSCs finden immer dann ihre Aufgabe, wenn die staatlichen Sicherheitskräfte und/oder die Eingreifkräfte nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die erwünschte Sicherheit herzustellen. Im Falle ISAF stellen PSCs ca. 80% der mobilen Absicherung logistischer Transporte. Stationär bewachen sie_u ISAF-Einrichtungen, VN-Einrichtungen, unsere Botschaften und Konsulate, internationale ebenso wie Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsprojekte. Dazu beschützen sie einzelne VIPs.
- PSCs, die weder zertifiziert, lizenziert noch registriert sind, also weitgehend unkontrolliert agieren, haben oft Verbindungen zur

Korruption. Sie sind in illegale Checkpoints, Bestechung und Waffen- und Drogenhandel oder –schmuggel verwickelt. Sie haben Kontakte zu Aufständischen, unterstützen diese womöglich bei ihren Aktivitäten. Sie übernehmen deren Schutz, leisten Beiträge bei Angriffsoperationen, um die Preise nach oben zu treiben oder sind in Waffen-, Drogen- und Menschenhandel verwickelt. Solche PSCs bedrohen die allgemeine Sicherheit, verursachen Verluste unter der Zivilbevölkerung, kontrollieren illegal Verkehrsverbindungen und den Handel mit allen Gütern; und sie stehen in Konkurrenz zu den ANSF bei der Rekrutierung von Nachwuchs.

- Die Selbstverpflichtung der 60 PSCs ist zu begrüßen und in verbindliche, professionelle Rechtsstandards im Sinne eines internationalen Code of Conduct fortzuentwickeln.
- Je mehr die Regierung von Afghanistan in die Lage kommt, die Sicherheit der eigenen Bevölkerung selbständig zu gewährleisten, desto mehr müssen ISAF, NATO und die anderen internationalen Organisation das Bestreben einer völligen Kontrolle aller PSCs grundsätzlich unterstützen.
- Ein radikaler Verzicht auf PSCs, auch das gehört zur Wahrheit, würde die Verlegung von erheblich mehr Polizei und Militär in Friedensmissionen verlangen als realistisch und leist- und durchhaltbar. Der Ausbildung örtlicher Sicherheitskräfte, die die Sicherheitslücke zu schließen vermögen, kommt daher in jedem Einsatz eine hohe Bedeutung zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.